

# Gute Aussichten?



Einer der wichtigsten Fragen ist **Kran & Bühne** nachgegangen. Wie entwickelt sich die Wirtschaft und die Branche in den kommenden Monaten? Die Antworten hierzu haben wir bei den führenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gesucht, um so den **ersten Teil unserer Zukunftsaussichten zu präsentieren.**

**W**ohin geht der Weg? Was geschieht in den kommenden Monaten und wie entwickelt sich die Branche? Die Antworten hierzu hat **Kran & Bühne** bei führenden Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Verbänden gesucht. Allen wurde das gleiche Fragenpaket an die Hand gegeben und mit einer Bedingung verknüpft, sich kurz zu fassen. Die Antworten finden Sie nun auf den folgenden Seiten. Dies ist unser erster Teil der Zukunftsaussichten.



Beim zweiten Teil sind Sie gefragt. Diesem Heft liegt ein Fragebogen bei, den wir an Sie – unseren Leser – richten um in der kommenden Ausgabe die Ergebnisse dieser Befragung zu präsentieren. Helfen Sie uns, um selbst einen guten Überblick zu erhalten. Je mehr Zuschriften wir erhalten, um so breiter wird die Basis sein, auf der sich der Überblick über die derzeitige Stimmungslage berufen kann.

Bewusst wird auch die Frage nach dem Namen gestellt, um anonyme Doppelnennungen auszuschließen. Selbstverständlich werden die Einzeldaten vertraulich behandelt und „nur“ die Gesamtantworten veröffentlicht. Schon jetzt möchten wir uns bei all denjenigen bedanken, die uns hierbei schon unterstützt haben und noch werden. **K&B**



Matthias Wissmann

**Matthias Wissmann**  
**MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU – Bundestagsfraktion**

● **Wie entwickelt sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden zwölf Monaten und welche**

**Veränderungen erwarten Sie in diesem Zeitraum?**

Prognosen über einen Zeitraum von zwölf Monaten sind schwierig. Ich hoffe natürlich, dass wir in absehbarer Zeit eine Konjunkturbelebung erleben werden. In Deutschland können wir durch eine mutige Wirtschaftspolitik, durch eine Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine weitere Öffnung der Telekommunikations- und Energiemärkte dazu beitragen, Wachstum zu bekommen. Es ist ein rot-grünes Ammenmärchen, dass die Terroranschläge vom September 2001 Ursache für die Rote Laterne Deutschlands beim Wirtschaftswachstum ist. Daher hilft es auch nicht, dass wir nur auf die Entwicklung in den USA schielen. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland muss wieder darauf ausgerichtet werden, durch eigene Impulse konjunkturelles Wachstum zu ermöglichen.

● **Was erachten Sie als einen notwendigen Wandel?**

Die größte Herausforderung ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Vollbeschäftigung ist auch im 21. Jahrhundert ein erreichbares Ziel. Job-Motor in Deutschland ist der Mittelstand. Die rot-grüne Bundesre-

gierung hat diese Tatsache in ihrer Steuer- und Finanzpolitik völlig ignoriert. Eine Wirtschaftspolitik, die sich mehr an den Belangen des Mittelstandes orientiert ist daher zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung die Grundvoraussetzung.

● **Welche politischen Vorgaben werden / müssen sich ändern?**

Für die Union ist klar, dass für den Arbeitsmarkt Chancen gefördert und Hemmnisse abgebaut werden müssen. Parallel dazu muss insbesondere der Mittelstand von bürokratischen Lasten befreit werden. Ferner muss zur Selbständigkeit ermutigt werden - eine Selbständigenquote von rund zehn Prozent ist zu gering. Der Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme muss vorgenommen werden, damit soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und die Alterssicherung auch künftig finanzierbar bleiben. Insgesamt muss die Politik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Leistung und Sicherheit gewährleisten. Die Union hat in ihrem Regierungsprogramm den dafür nötigen Schritte klar aufgezeigt.

● **Wenn Sie einen Wunsch an die zukünftige Bundesregierung frei hätten, was würden Sie sich wünschen?**

Bei einer unionsgeführten Bundesregierung wäre ich natürlich wunschlos glücklich - aber im Ernst: Neben allen Themen der letzten Wochen bleibt das Kernproblem bei uns im Land bestehen, dass nämlich über vier Millionen Menschen keine Arbeit haben. Jede Bundesregierung wird bei der Lösung dieses Problems nicht ohne durchgreifende Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt auskommen. Von der zukünftigen Bundesregierung wünsche ich mir vor allem Mut zu entschlossenem Handeln. Die Union weiß das und sagt daher klar, dass es Zeit ist für Taten.

MATTHIAS WISSMANN MdB,  
wirtschaftspolitischer Sprecher  
der CDU/CSU – Bundestagsfraktion



Dietrich Werner

## Dietrich Werner, Mitglied des Vorstandes und verantwortlich für das gewerbliche Geschäft der VHV

Die VHV Vereinigte Haftpflichtversicherung V.a.G. mit Sitz in Hannover ist seit über 80 Jahren Bauspezialversicherer, sie wurde 1919 als Selbsthilfeeinrichtung der Bauwirtschaft gegründet. Über 70.000 Unternehmen der Bauwirtschaft, Architekten und Bauingenieure sind Kunden der VHV.

Nach Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2002) wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2002 um 0,7 Prozent zunehmen. Im Jahr 2003 wird mit einer Steigerung um weitere 2,3 Prozent gerechnet.

Die Bauwirtschaft wird von der positiven Entwicklung insofern profitieren, dass der Investitionsrückgang sich abschwächt. Die Bauinvestitionen werden nach einem Rückgang in 2001 gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Prozent im Jahr 2002 nach Einschätzung des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes (ZDB) lediglich um 2 Prozent abnehmen. Das Erreichen der Talsohle wird für das Jahr 2003 prognostiziert.

In diesem Zusammenhang wird im laufenden Jahr voraussichtlich der Wirtschaftsbau mit einem Nullwachstum am ehesten stabilisierend wirken. Es folgt der Öffentliche Bau, der überwiegend aufgrund der schlechten Haushaltslage in den Städten und Gemeinden um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgehen wird und somit keinen positiven Multiplikatoreffekt auslösen kann. Das Schlusslicht bildet der Wohnungsbau mit einem prognostizierten Rückgang um 3 Prozent.

Die prognostizierte Verringerung der Bauinvestitionen wird den baugewerblichen Umsatz laut ZDB voraussichtlich um ca. 2,5 Prozent gegenüber 2001 abnehmen lassen mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe sank vom Jahr 2000 auf 2001 um 9,1 Prozent auf 954398. Die Aussichten für dieses Jahr und darüber hinaus deuten laut ZDB auf einen weiteren Abbau in 2002 um rund 50000 Arbeitsplätze hin.

Ein von der VHV befragtes Expertenforum der Bauwirtschaft rechnet in den nächsten zwei bis drei Jahren tendenziell mit einer Steigerung der Anzahl von Kleinbetrieben (< 20 Mitarbeiter) mit Ausrichtung auf Bauen im Bestand sowie insgesamt einem weiteren Rückgang der am Bau Beschäftigten auf 650000. Soweit von Seiten der Politik keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, wird befürchtet, dass zukünftig verstärkt ausländische Nachunternehmer auftreten werden und insbesondere auch der Einsatz illegal Beschäftigter steigt. Die Fortentwicklung der europäischen Integration führt nach Einschätzung der Experten nicht zu einem größeren Auslandsengagement von in Deutschland ansässigen Klein- und Mittelbetrieben.



Wolfgang Draaf

## Wolfgang Draaf, Vorstand der Bundesfachgruppe Schwerttransporte und Kranarbeiten

Der Autokranbereich ist seit längerer Zeit bereits dadurch gekennzeichnet, dass in vielen Gegenden, zumeist in den Ballungsräumen, eine Überkapazität insbesondere an kleineren Geräten bis zu circa 120, beziehungsweise 140 Tonnen Tragkraft vorherrscht. Damit einher geht in Zeiten normaler Auslastung zwar nicht unbedingt ein Verfall der absoluten Stundensätze, wohl aber ein Verfall der Beträge, die unter dem Strich dem Unternehmer übrig bleiben. Da die Kosten permanent steigen und der Wettbewerbsdruck hoch ist, ist eine dringend erforderliche Anhebung der Stundensätze kaum möglich.

Derzeit stehen die Kranunternehmer vor der Situation des Preisverfalls und der Tatsache, dass die Zahlungsmoral erschreckend sinkt. Steigende Geldeingangzeiten sowie steigendes Konkursrisiko bei der Auftraggeberseite kenn-

zeichnen die momentane Lage. Hinzu kommen überproportionale Auftragsrückgänge, so dass auch über die Auslastung es schwierig ist, ein akzeptables Betriebsergebnis zu erzielen.

Im Großkranbereich hat es auch eine erhebliche Zunahme der Geräte gegeben, deren Einzugsgebiet naturgemäß nicht nur regional zu sehen ist. Auch die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Raupenkranen hat erheblich zugenommen. Speziell die Windkraftanlagen führten und führen zu einer spürbaren Zunahme der Nachfrage.

Es ist derzeit nicht davon auszugehen, dass sich kurzfristig die Nachfrage derart erhöhen wird, dass die Ergebnisse aufgrund der höheren Auslastung die schlechten Stundensätze auffangen. Es ist insbesondere im Baubereich nicht zu erwarten, dass sich die Lage bessern wird. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mag sich bessern. Das Autokrangewerbe wird erst verspätet davon profitieren. Mittelfristig ist bei konstantem Aufschwung eine ähnliche Entwicklung wie Mitte der 80er Jahre möglich, als der Aufschwung sehr lange auf sich hat warten lassen. Bei den Großgeräten muss abgewartet werden, wie sich Entwicklung auf dem Windkraftanlagenektor darstellt. Es gibt nicht wenige Personen, die mittelfristig einen erheblichen Rückgang erwarten.

Von der nächsten Regierung muss man sich wünschen, dass es sich wieder lohnt, mittelständischer Unternehmer mit hohem Investitionsrisiko zu sein, dass heißt eine spürbare Reduktion der fiskalischen Belastungen und bürokratischen Engpässe.



Gernot Erler

### Gernot Erler, Stellvertreter Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die meisten Wirtschaftsexperten gehen von einer deutlichen Erholung der Wirtschaft im Laufe dieses und nächsten Jahres aus. Dies wäre meiner Meinung nach nicht nur für die in

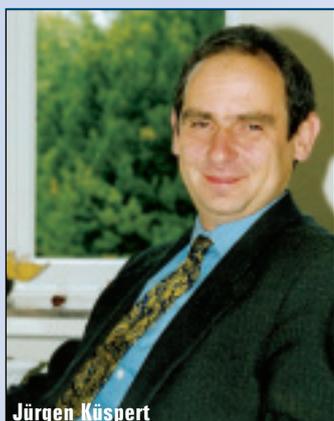
den letzten Jahren durch das Ende des vereinigungsbedingten Baubooms gebeutelte Baubranche eine sehr gute Nachricht. Mit einer Reihe von Maßnahmen hat die Bundesregierung trotz notwendiger Haushaltskonsolidierung die Bauwirtschaft unterstützt. So wurden geplante Investitionen beschleunigt und Infrastrukturmaßnahmen vorgezogen - etwa durch den Aufbau von Planungskapazitäten bei der Bahn, um geplante Investitionen früher zu realisieren, und durch die Anwendung privater Betreibermodelle beim Ausbau von Autobah-

nen. Die Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“ fördern erfolgreiche Bemühungen für die soziale Stadtentwicklung. Mit der Neuregelung der Eigenheimzulage und der Kinderzulage hat die Bundesregierung eine Umsteuerung in der Förderpolitik vorgenommen. Beide Instrumente sind ein sinnvoller Beitrag zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums.

Ich begrüße es sehr, dass die Bundesregierung ihre Investitionen im Bereich Bau und Verkehr auch in der Zukunft erhöhen will, so sollen die Investitionen in diesem Bereich gegenüber 2002 (13,5 Milliarden Euro) nochmals in 2003 um 0,24 Milliarden Euro (+1,8 Prozent) auf 13,74 Milliarden Euro anwachsen.

Da die Kommunen die wichtigsten Instanzen öffentlicher Investitionstätigkeit sind, ist auch die Verstärkung der kommunalen Investitionen im Verkehrs- und Baubereich notwendig. Ich halte es daher für eine der wichtigsten zukünftigen Aufgaben, das kommunale Finanzsystem grundsätzlich zu reformieren.

Da die öffentliche Hand aber nicht alles leisten kann, müssen wir uns auch verstärkt Gedanken über eine stärkere Beteiligung Privater an der Realisierung öffentlicher Infrastrukturaufgaben machen.



Jürgen Küspert

### Jürgen Küspert, Bundesverband der Baumaschinen-, Baugeräte- und Industriemaschinenfirmen e.V., Fachgruppe Arbeitsbühnen

Die Prognosen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2002 in Deutschland fallen bekanntermaßen überwiegend negativ aus. In Stichpunkten: Die Wirtschaftsforscher rechnen im Jahresverlauf mit einer Steigerung des realen Bruttoinlandsproduktes von 0,7 %. Auftriebskräfte für ein auch noch so geringes Wachstum dürften alleine vom Export ausgehen. Im Inland ist den Forschern zufolge 2002 mit einem Rückgang der Investitionen in Ausrüstungen und

sonstige Anlagen von 3,5 % zu rechnen. Eine deutliche Verbesserung der inländischen Wirtschaftssituation wird nun doch erst 2003 erwartet.

Es kann jedoch keine ökonomisch sinnvolle Strategie für mittelständische Unternehmen sein, darauf zu warten, daß aus dem „Prinzip Hoffnung“ Realität wird und der Konjunkturmotor plötzlich wieder anspringt. Dies haben auch die Vermieter von Arbeitsbühnen in Deutschland erkannt. Gerade in einer Zeit in der Kosten- und Leistungsdruck in allen Kundenbranchen permanent zunehmen, sind effiziente und intelligente Lösungen im Bereich der Höhenzugangstechnik notwendiger und gefragter denn je. Innovative technische Lösungen helfen den Anwendern „ihren Job“ noch besser zu machen und erschließen völlig neue Kundenkreise. Längst weiß noch nicht jeder potentielle Kunde die Vorteile moderner Arbeitsbühnen zu nutzen. Hier leisten die Arbeitsbühnenvermieter wichtige Pionierarbeit mit ihrem Know-How in allen Fragen der Höhenzugangstechnik.

Die Prognose für 2002/2003 lautet also: Die Arbeitsbühnenbranche wird durch ein kundenorientiertes Angebot und kompetente Beratung den Nutzen und damit den Erfolg ihrer Kunden weiter steigern.



Dr. Peter Ahmels

### Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie e.V.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die deutsche Windkraft-Branche rasant entwickelt. Die installierte Gesamtleistung ist auf mittlerweile rund 10000 Megawatt (MW) angestiegen. Und auch die technologischen

Fortschritte waren beachtenswert: Moderne Windturbinen haben heute eine Nennleistung zwischen eineinhalb und drei Megawatt, einen Rotordurchmesser von bis zu 90 Metern sowie eine Nabenhöhe von über 100 Metern. Und die Entwicklung geht weiter: Im August errichtet die Enercon GmbH aus Aurich den Prototypen einer 4,5-Megawatt-Anlage mit einem Rotordurchmesser von 112 Metern auf einem 120 Meter hohen Turm. Allein die Rotorblätter wiegen 20 Tonnen - pro Stück!

In den nächsten Jahren erwarten Windkraft-Experten ein weiterhin rasantes Wachstum der Branche, vor allem in Europa und Nordamerika. Das renommierte dänische Beratungsbüro BTM Consult ApS prognostiziert bis Ende 2006 weltweit mehr als eine Verdreifachung der installierten Leistung von heute rund 25000 MW auf rund 80000 MW. Neben Deutschland (Zubau von Anfang 2002 bis Ende 2006: 11750 MW) werden vor allem Spanien (8300 MW) und die USA (7700 MW) die Standards setzen.

Mittelfristig - bis zum Jahr 2010 - erwartet der Bundesverband WindEnergie (BWE) e.V. eine installierte Windkraft-Leistung von über 22500 MW in Deutschland, darunter auch die ersten Offshore-Projekte in der Nord- und Ostsee. Mit geringen Einsparungen im Stromverbrauch wird die Windkraft dann rund zehn Prozent des bundesweiten Strombedarfs decken.

Weitere Infos: [www.wind-energie.de](http://www.wind-energie.de)

### Was ist Ihre Meinung?

Wie sehen Sie die Zukunft der Branche Schreiben Sie uns. Nehmen Sie hierzu einfach unseren Fragebogen und schicken Sie ihn zurück an unsere Redaktion.